



Neues aus Düsseldorf

Der Landtagsnewsletter von Serdar Yüksel, Carina Gödecke und Karsten Rudolph

Ausgabe 10/2018

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen, Straßenausbaubeiträge kennen keine Gnade. Wer davon betroffen ist, kann auch schon mal mit Kostenbescheiden in vier- bis fünfstelliger Höhe zur Kasse gebeten werden. Viele Menschen geraten dabei schnell in Existenznot. Das ist zutiefst unsozial, zumal die Kommunen in NRW damit ganz unterschiedlich umgehen. Deshalb gibt es nur eine Lösung und die heißt: Abschaffen! Dazu haben wir im Plenum in dieser Woche einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Auch wir als Bochumer Abgeordnete haben uns hierzu klar positioniert. Unsere Pressemitteilung findet ihr [hier](#).

Auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger wird auch das ausgetragen, was die Autoindustrie seit Jahren verbockt hat. Die Diesel-Fahrverbote in Köln und Bonn treffen zahlreiche Menschen hart. Und was macht die Landesregierung? Sie will sich durch Gerichts-Bashing aus der Affäre ziehen anstatt Lösungen für das Problem aufzuzeigen. In einer Aktuellen Stunde am Mittwoch haben wir die Regierung von Armin Laschet aufgefordert, den Kommunen bei der Luftreinhaltung zu helfen und den Bürgerinnen und Bürgern einen Weg aufzuzeigen, wie Fahrverbote verhindert werden können.

Um nichts weniger als einen Angriff auf unsere Demokratie ging es am Freitag in unserer zweiten Aktuellen Stunde, die wir für dieses Plenum beantragt haben. Die CDU hat angekündigt, die Stichwahlen zur nächsten Kommunalwahl 2020 wieder abzuschaffen. Dadurch würden die Ämter des Bürgermeisters und der Landräte erneut entwertet werden. Denn ohne Stichwahlen kämen Kandidaten ins Amt, die nur eine sehr geringe Stimmenanzahl auf sich vereinigen. Willy Brandt ist einmal dafür angetreten, mehr Demokratie zu wagen. Die Landesregierung von Armin Laschet will aber offenbar weniger Demokratie.

Unser Newsletter umfasst neben der Landespolitik natürlich auch wieder unsere Aktivitäten in den jeweiligen Wahlkreisen. Unter anderem waren wir gemeinsam mit unserem Fraktionsvorsitzenden Thomas Kutschaty bei der Kreishandwerkerschaft Bochum, um uns über Perspektiven und Herausforderungen rund um das Handwerk auszutauschen.

Viel Spaß beim Lesen!

Serdar Yüksel MdL

Carina Gödecke MdL

Karsten Rudolph MdL

Die Drei für Bochum zu Gast bei der Kreishandwerkerschaft

„Politik trifft Handwerk“ - die drei Bochumer Landtagsabgeordneten Carina Gödecke, Karsten Rudolph und Serdar Yüksel waren gemeinsam mit Thomas Kutschaty, Fraktionsvorsitzender der SPD Landtagsfraktion NRW, zum Dialog mit der Kreishandwerkerschaft Ruhr zum Thema „Politik trifft Handwerk“ eingeladen.



Nach einer kurzen Einführung durch den Kreishandwerksmeister Michael Mauer geriet der Fokus sehr schnell auf die jungen Auszubildenden und all die Probleme, die mit der Ausbildung eines Lehrlings einhergehen. Stellvertretender Kreishandwerksmeister Markus Dürscheidt, Fachinnung für Dach-, Wand- und Abdichtungstechnik Ennepe-Ruhr, verdeutlichte im Gespräch, dass oftmals bei den Auszubildenden die Basis fehle. Als Dachdecker zum Beispiel benötige man nicht nur die mathematischen Fähigkeiten, um berechnen zu können, wie viele Dachpfannen für ein neues Dach benötigt werden, sondern auch die Physik sowie Materialkenntnisse spielen eine große Rolle. Ähnliches sprach auch der Obermeister Edgar Pferner, Friseurinnung Bochum, an. Auszubildende, die später einmal Friseur werden möchten, müssen physisch in der Lage sein, den ganzen Tag stehen zu können, so Pferner.

Da wie immer die Zeit sehr knapp war, vereinbarten alle Beteiligten sich im neuen Jahr noch einmal wiederzutreffen, um gezielt zu überlegen, welche Stellschrauben von Seiten der Politik verändert werden können und müssen, um die Zukunft des Handwerks zu stärken.



„Stadt und Land – Hand in Hand“ so hieß der zweite Gesprächsteil in den Räumlichkeiten der Kreishandwerkerschaft Ruhr. Gemeinsam mit den kommunal-politischen Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern der SPD Bochum stellte Thomas Kutschaty Teile des neuen Kurses der SPD Landtagsfraktion NRW vor, der die Themenfelder „Zukunft der Arbeit“, „Aufstiegschancen“, „Soziale Sicherheit“ und „Solidarische Gesellschaft“ im Schwerpunkt umfasst.

Neben diesem Input drehte sich das Gespräch um die Fragen, wie man mit der Situation der SPD im Bund weiter umgehen möchte und einer möglichen Auflösung der Großen Koalition, der Forderung der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und der Situation im Hambacher Forst. Ein weiterer Gesprächspunkt waren die Jüngsten in unserer Gesellschaft. Die Diskutanten waren sich einig, dass es ein Umdenken und Umlenken im Bereich der Kitas und Schulen geben muss. Die Leitidee „kein Kind zurücklassen“ muss mit Leben gefüllt werden. Sprich: Ungleiches muss ungleich behandelt werden. Es könne nicht sein, dass Kinder aus sozialbenachteiligten Familien in Kitas gehen, in denen sie untergehen, weil es weniger Erzieherinnen und Erzieher gibt, gleichzeitig aber mehr Kinder in einer Gruppe sind als in anderen Kitas. Die soziale Spaltung fängt damit bereits in der KiTa an und eine so frühe Einteilung, aus denen die Kinder nur schwer wieder herauskommen können, muss verhindert werden.

Serdar Yüksel besucht das WiR in Bochum

„Die Politik muss sich mehr im Kampf gegen sexuell wechselübertragbare Infektionen engagieren!“, betont Serdar Yüksel, der am 12. November das Zentrum für Sexuelle Gesundheit und Medizin in Bochum besuchte. Gemeinsam mit dem Leiter Prof. Dr. Norbert H. Brockmeyer, der Geschäftsführerin PD Dr. Adriane Skaletz-Rorowski und Arne Kayser, dem Geschäftsführer der Aidshilfe Bochum sprach der Landtagsabgeordnete über die aktuellen Herausforderungen und Projekte im Bereich Gesundheitsprävention und Behandlung von sexuell wechselübertragbaren Krankheiten.



Die Runde war sich einig: Es muss mehr für die sexuelle Gesundheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen getan werden. „Das WiR in Bochum leistet hervorragende Arbeit vor Ort und ist schon jetzt als Erfolgskonzept im ganzen Bundesland und darüber hinaus bekannt“, weiß Serdar Yüksel. „Als SPD werden wir uns im Landtag dafür starkmachen, dass in ganz NRW Zentren für sexuelle Gesundheit entstehen!“

Das Bochumer Zentrum für Sexuelle Gesundheit und Prävention bietet ein umfassendes Angebot in den Bereichen Prävention, Beratung und Behandlung an. Neben der medizinischen und psychologischen Beratung sind im Zentrum auch diverse andere Einrichtungen wie die Aidshilfe Bochum, Madonna e.V., ein Verein für Sexarbeiterinnen, und pro familia untergebracht, um schnell und unkompliziert helfen zu können.

Zudem leistet das Zentrum einen herausragenden Beitrag in der Forschung. Aktuelle Studien, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zentrum durchgeführt haben, zeigen sehr deutlich, dass viel Arbeit und damit einhergehend eine höhere finanzielle Förderung nötig sind, um die Infektionsraten von HIV, Chlamydien, Syphilis und vielen weiteren Krankheiten zu reduzieren.

Karsten Rudolph im Gespräch beim Deutschlandfunk anlässlich des 9.11.

Kein anderes Datum steht so sehr für die unterschiedlichen Seiten der deutschen Geschichte wie der 9. November: 1918 die Ausrufung der ersten deutschen Republik, 1938 die Schrecken der Judenpogrome und 1989 der Mauerfall.

Anlässlich dieser Erinnerungsdaten sprach der Landtagsabgeordnete und Historiker Professor Karsten Rudolph beim Deutschlandfunk über Ähnlichkeiten zwischen früher und heute, frei nach Mark Twain: Geschichte wiederholt sich nicht. Aber sie reimt sich. Den Beitrag gibt es [hier](#) zum Nachhören.



Carina Gödecke besucht die Matthias-Claudius-Gesamtschule in Bochum



Im Rahmen der Aktion „Schenken Sie uns eine Schulstunde Ihrer Zeit“, eine Aktion der Schulen in freier Trägerschaft unter Federführung des Verbands Deutscher Privatschulen e.V., hat Carina Gödecke vor kurzem die Matthias-Claudius-Gesamtschule in Bochum besucht. Eigentlich sollte es – so hatten es die Initiatoren zumindest geplant – nur eine „geschenkte“ Stunde zum Themenkomplex Demokratie an einer Schule in Bochum sein. Aber ganz rasch wurden daraus gleich sechs Stunden. Damit war es für die Bochumer Abgeordnete wohl eher ein ganzer Schultag im Zeichen der Werbung für

Demokratie. „Auch wenn es am Schluss – jedenfalls für die Stimmbänder – doch etwas anstrengend war, hat es doch richtig viel Spaß gemacht!“, fasst Carina Gödecke ihre Eindrücke zusammen.

Die sechs Stunden haben übrigens in sechs unterschiedlichen Klassen, und mit Schülern ganz unterschiedlichen Alters stattgefunden. Herr Trust, der Schulleiter, hat dabei „ganze Arbeit“ geleistet, und Begegnungen und Eindrücke ermöglicht, die vor allem auch das inklusive Arbeiten an der MCS sehr anschaulich werden ließen.

In allen Klassen - von Fünftklässlern bis zu angehenden Abiturienten - wurde, wie geplant über Demokratie, aber auch über die Erwartungen der Schülerinnen und Schüler an Politik und Politiker ganz generell, über den Arbeitsalltag einer Abgeordneten, und noch viel mehr gesprochen. Dabei kamen natürlich auch allerhand aktuelle Themen zur Sprache, vom Hambacher Forst und der Klimapolitik, über die Große Koalition, bis hin zu den damals ganz aktuellen Entwicklungen an der Spitze der CDU. Und, wie könnte es an Schule anders sein, auch Fragen zur Schulpolitik auf der Landes- und der kommunalen Ebene spielten eine Rolle.

Nach ihrem Eindruck und Fazit gefragt, musste Carina Gödecke nicht lange überlegen. „Ein spannender und interessanter Tag, mit wirklich tollen Schülern, einer sehr beeindruckenden und durch und durch inklusiv arbeitenden Schule, und einem superengagierten Kollegium. Matthias-Claudius-Schule eben! Da macht Unterricht richtig Spaß, und könnte ich mir etwas wünschen, dann dass Schule immer und überall so wäre.“ Der Gegenbesuch im Landtag Nordrhein-Westfalen ist – wie könnte es anders sein – auch schon fest eingeplant. Dann werden die intensiven Gespräche über Demokratie, Politik, „Gott und die Welt“ fortgeführt. Ganz bestimmt!



Partnerschaft mit Freien Wohlfahrtsverbänden stärken

Die Freie Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen ist eine tragende Säule unseres Sozialstaates. Die Partnerschaft zwischen Landesregierung und Freier Wohlfahrtspflege muss weiter gestärkt werden. Die Landesregierung macht jedoch das genaue Gegenteil. Sie plant in ihrem Haushalt für 2019 eine Kürzung der Mittel für die Freie Wohlfahrtspflege in Höhe von 2 Millionen Euro. In unserem Antrag fordern wir die Landesregierung dazu auf, diese Kürzung zurückzunehmen und im Gegenzug sogar auf 8,1 Millionen Euro zu erhöhen. [Drucksache 17/4123](#)

Allen Beschäftigten in der Pflege eine Stimme geben

Wir erleben derzeit eine große Debatte um die Zukunft der Pflege. Auch in NRW wird die Zahl der pflegebedürftigen Menschen immer weiter steigen. Derzeit sind es rund 640.000 Menschen. Was wir neben einer professionellen, hochwertigen und qualitativ guten Pflege brauchen, sind vor allem gut qualifizierte und hoch motivierte Beschäftigte. Zu einer Modernisierung und Aufwertung der Pflege gehört daher auch die Diskussion um die Frage einer Interessenvertretung für Pflegende in NRW.

Aus zahlreichen Fachveranstaltungen und Gesprächen mit Beschäftigten in der Pflege wissen wir, dass es dazu einen großen und breiten Informationsbedarf gibt.

Die Landesregierung hat allerdings nur rund 1.500 Pflegekräfte in einer Stichprobe befragt, ob sie eine Pflegekammer in NRW wünschen. Für die Stärkung der Interessen von Pflegekräften ist aus unserer Sicht aber eine umfassende Beteiligung aller Beschäftigten dringend notwendig. Mit unserem Antrag fordern wir daher eine Urabstimmung für alle Pflegekräfte in NRW, mit der sie über die Einführung einer Pflegekammer entscheiden können. [Drucksache 17/4121](#)

Radio-Vielfalt in NRW erhalten

Die 44 Lokalradios leisten einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt in Nordrhein-Westfalen. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Hörfunk und dessen regionale und lokale Lokalberichterstattung ist ungebrochen groß. CDU und FDP bekennen sich zwar in ihrem Koalitionsvertrag zum dualen Rundfunksystem, haben aber seit Regierungsantritt keine konkreten Vorschläge dafür vorgelegt, wie dessen Rahmenbedingungen an das digitale Zeitalter angepasst werden sollen. Um die Radio-Vielfalt in NRW zu erhalten, fordern wir die Landesregierung u. a. dazu auf, die privaten Lokalfunkanbieter beim technischen Einstieg von UKW in DAB+ finanziell zu unterstützen. [Drucksache 17/4119](#)

Europa zukunftsfit machen

Der Erfolg Europas wird auch auf regionaler und kommunaler Ebene entschieden. Von der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ebenen hängt es maßgeblich ab, ob und wie sehr die Bürgerinnen und Bürger vom europäischen Einigungsprozess profitieren. Sowohl auf EU-Ebene als auch auf kommunaler Ebene sind bereits konkrete Vorschläge gemacht worden, die für eine nachhaltige Verbesserung der Zusammenarbeit sorgen können. Mit einem Antrag fordern wir die Landesregierung u. a. dazu auf, sich auf allen Ebenen für diese Vorschläge einzusetzen und in eine reibungslose Zusammenarbeit von Kommune, Land, Bund und EU zu investieren. In unserem zweiten europapolitischen Antrag für dieses Plenum setzen wir uns für den sozialen Zusammenhalt in Europa ein. Wir fordern darin die Landesregierung u. a. dazu auf, die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen, etwa zur Schaffung einer europäischen Arbeitsbehörde oder einer europäischen Sozialversicherungsnummer, aktiv zu unterstützen und deren Umsetzung in NRW voranzutreiben.

Auch die Kultur spielt europaweit eine einzigartige Rolle bei der Stärkung des Bewusstseins für gemeinsame Werte, Erfahrungen und Identität. Sie spielt aber auch eine Rolle bei der Bewältigung sozialer Herausforderungen und trägt dazu bei, Menschen aus ganz Europa zusammenzubringen. Die Europäische Kommission hat jüngst ihre Vorstellungen für eine Neuausrichtung der europäischen Kulturagenda skizziert.

Ziel der neuen Agenda soll es sein, den Kulturbereich angesichts alter und neuer Herausforderungen wie etwa steigender sozialer Ungerechtigkeit, dem Erstarken des Rechtspopulismus oder terroristischer Bedrohungen, proaktiv zu begleiten und finanziell zu unterstützen. In unserem dritten europapolitischen Antrag für dieses Plenum fordern wir die Landesregierung dazu auf, sich auf allen Ebenen aktiv dafür einzusetzen, dass die neue europäische Kulturagenda die Interessen und Bedürfnisse Nordrhein-Westfalens angemessen berücksichtigt und neben der ökonomischen auch die soziale Dimension von Kulturarbeit zu einem Schwerpunktthema macht. [Drucksache 17/4120](#); [Drucksache 17/4122](#); [Drucksache 17/4116](#)

SPD



Carina Gödecke MdB



0234/9230756



@carinagoedecke



carina.goedecke@landtag.nrw.de



Karsten Rudolph MdB



0234/79432662



@karsten.rudolph.nrw



karsten.rudolph@landtag.nrw.de



Serdar Yüksel MdB



02327/9913945



@Serdar.SPĐ



serdar.yueksel@landtag.nrw.de

Ihre Bochumer Abgeordneten im Landtag NRW